

### **Presseschau vom 18.07.2015:**

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dannews, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Abends/nachts:

Lug-info.com: Die Abgeordneten des Volkssowjets der LVR haben einer Plenarsitzung einstimmig in erster Lesung den Gesetzesentwurf "Über örtliche Wahlen" angenommen. Dies teilte der Sprecher des Volkssowjets der LVR Alexej Karjakin mit.

"In die Grundlage des Dokuments sind die Regelungen des Gesetzesentwurfs eingegangen, der von den Vertretern der LVR und der DVR ausgearbeitet und an die Oberste Rada der Ukraine geschickt und in den Arbeitsgruppen der Minsker Kontaktgruppe erörtert wurde. Der Gesetzesentwurf sieht insbesondere Wahlen nach dem Mehrheitssystem, eine Erhebung über die Einwohner und die Nichtteilnahme von politischen Parteien an den Wahlen vor", erklärte Karjakin.

Außerdem sagte der Sprecher des Volkssowjets, dass in dem Gesetz eine Prozedur für die Organisation des Wahlprozesses, die Bildung einer zentralen Wahlkommission, die Beteiligung der Medien im Vorfeld der Wahlen geregelt ist.

# **Vormittags:**

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben während der letzten Stunde Spartak mit verschiedenen Arten von Waffen beschossen, teilte die Bezirksverwaltung mit.

"Eine ganze Stunde schon "stehen wir auf den Ohren", es ist so laut, dass es nicht möglich ist zu schlafen, es ist das Zischen von Splittern zu hören", wurde mitgeteilt.

Der Gesprächspartner der Agentur sagte, dass die ukrainischen Soldaten das Feuer gegen 4:30 am Morgen aus Richtung Opytnoje und Awdejewka eröffnet haben.

"Zuerst war es ein Beschuss aus irgendwelchen schweren Waffen, alles zitterte. Dann hörten wir Panzer und Maschinengewehr und Granatwerfer", unterstrich der Vertreter der örtlichen Behörde.

Er fügte hinzu, dass sich buchstäblich gestern die Behörden der Republik an die Einwohner gewandt haben mit dem Vorschlag sie an einen sicheren Ort zu evakuieren. Aber die Bevölkerung weigert sich nicht das erste Mal, ihre Häuser zu verlassen.

De.sputniknews.com: Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am Samstag, dem Jahrestag des Absturzes der Boeing MH17 über der Ukraine, Blumen vor der niederländischen Botschaft in Moskau niedergelegt. Das berichtete ein Korrespondent des Radiosenders "Echo Moskwy" vor Ort.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden fünf Mal das Regime der Feuereinstellung verletzt, teilte die Volksmiliz der LVR mit...

Beschossen wurden Shelobok, Donezkij und das Gebiet um das Denkmal des Fürsten Igor bei Staniza Luganskaja unter Verwendung von Granatwerfern der Kaliber 82 und 120mm, Panzertechnik und Schusswaffen.

Verluste gibt es keine.

heißt es.

De.sputniknews.com: US-Vizepräsident Joe Biden hat am Freitagabend in Kiew in einem Gespräch mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko die uneingeschränkte Unterstützung der USA für das Herangehen der Ukraine an die Beilegung des Konfliktes im Donbass bekräftigt. Das teilte die Webseite des ukrainischen Staatschefs mit. "Der Vize-Präsident hat die Entscheidung des ukrainischen Parlaments über den Start einer Verfassungsreform begrüßt und die Position der USA bekräftigt, die das Herangehen der Ukraine an die weitere Regelung der Situation im Donbass uneingeschränkt unterstützen",

Die Werchowna Rada hatte am Donnerstag den Entwurf für Verfassungsänderungen zu einer Dezentralisierung der Macht im Land an das Verfassungsgericht weitergeleitet. Die Gesetzesnovelle sieht keinen Sonderstatus für einzelne Teile der Gebiete Donezk und Lugansk vor. Darin heißt es lediglich, dieser Status solle durch ein gesondertes Gesetz festgelegt werden.

Wie die Beraterin des US-Außenministers, Victoria Nuland, am Donnerstag geäußert hatte, berechtigen die genannten Verfassungsänderungen zu der Behauptung, dass die ukrainischen Behörden ihre Verpflichtungen zu "Minsk 2" erfüllt hätten.

Dan-news.info: "Die Intensität der Beschüsse durch die ukrainische Seite hat sich in den letzten 24 Stunden erhöht und beträgt 44 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung", teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit. "Die ukrainischen Truppen verwenden weiterhin schwere Waffen."

Nach Mitteilung des Ministeriums wurden auf das Territorium dem DVR 36 Artilleriegeschosse, 30 Panzergeschosse, 158 Granatgeschosse der Kaliber 82 und 120mm abgeschossen. Außerdem verwendete der Gegner Abwehrgeschütze, kleinere Granatwerfer und Schusswaffen.

Beschossen wurden Donezk (die Bezirke Petrowskij und Kiewskij sowie der Flughafen), Jasinowataja, Gorlowka, Spartak, Shelsnaja Balka, Krasnyj Partisan, Belaja Kamenka, Nowaja Laspa und Schirokaja Balka.

De.sputniknews.com: Die USA sind bereit, im Falle einer Eskalation des Konfliktes im Donbass ihren Druck auf Russland zu verstärken. Das sagte Victoria Nuland, die Europaberaterin des US-Außenministers, am Freitag in der vom ukrainischen Journalisten Sawik Schuster moderierten Sendung "Schuster Live".

"Wir haben zu verstehen gegeben, dass die Sanktionen weiter in Kraft bleiben, solange die Minsker Vereinbarungen nicht vollständig erfüllt sind… Wir haben auch zu verstehen gegeben, dass wir im Falle einer Eskalation der Gewalt bereit sind, den Druck auf Russland zu verstärken", so Nuland.

Die Beraterin verwies darauf, dass die USA der Ukraine militärische Hilfe gewähren. So habe Amerika im Rahmen dieser Hilfe und der Ausbildung ukrainischer Soldaten 150 Millionen US-Dollar bereitgestellt.

"Wir hoffen, dass der von uns ausgeübte Druck und unser aufzustockendes Potential Russland und die von diesem Land geführten Kräfte in Donezk und Lugansk dazu zwingen werden, die von ihnen übernommenen Verpflichtungen einzuhalten. Anderenfalls werden sie einen höheren Preis dafür zahlen müssen", so Nuland.

Auf die Frage, ob es um einen höheren Preis in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht gehe, sagte Nuland: "Wir schließen da keinerlei Möglichkeiten aus."

Dnr-online.ru: Eine der wichtigsten Aufgaben, die sich die Führung der DVR gestellt hat, ist die Entwicklung des Metallbereichs als wichtigen ökonomischen Bereich der Republik, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets der DVR, der Leiter des Exekutivkomitees der Gesellschaftlichen Bewegung "Donezkaja Respublika" Denis Puschilin während der Feiern des Tags des Metallurgen in Makejewka.

"Viele Jahre lang wurden in der Ukraine unzureichende Mittel für die Entwicklung des Metallbereichs ausgegeben. Die Oligarchie hat vollständig alle Kräfte aus den Unternehmen herausgesaugt, die nicht in mehreren Generationen geschaffen worden und die zukunftsträchtig für viele Städte sind. Jede Branche muss konkurrenzfähig sein, aber wie sollen unsere Fabriken das sein, wenn es über Jahre und Jahrzehnte keine Investitionen gab, wenn es den Oligarchen nützlich war Zechen oder Fabriken zu schließen, wenn sie keinen Gewinn mehr einbrachten?

Wir bemühen uns jetzt nicht einfach den Beruf des Metallurgen prestigeträchtig zu machen, sondern die gesamte Branche auf ein völlig neues Niveau zu heben. Dies ist möglich bei Anwendung innovativer Technologie, von denen es genügend gibt. Sie wurden von unseren Landsleute ausgearbeitet und werden jetzt von einer Reihe privater Initiativen zur Begutachtung aufgenommen. Unsere Aufgabe ist es, diese Technologien einzuführen und zu realisieren. Die Produktionsinfrastruktur, die wir haben, die Ressourcen und, das wichtigste, das Potential unseres Volkes sind die Voraussetzung dafür, dass uns dies alles gelingen wird", unterstrich Puschilin.

Er informierte auch über die Erarbeitung einer gesetzlichen Basis, die die Tätigkeit der heimischen großen Industrie regelt. "Die Fachministerien erarbeiten zurzeit Entwürfe für solche Gesetze. Auf der zweiten Sitzung des Volkssowjets, die nach den Ferien stattfindet, ist es geplant einige sehr interessante Gesetzesentwürfe zu behandeln. Ich will nicht den Ereignissen vorgreifen, aber wenn diese Gesetzesentwürfe, nachdem sie in den Fachkomitees abgestimmt wurden, realisiert werden, so wird diese eine sehr gute Unterstützung für den Metallbereich, wird der weiteren ökonomischen Entwicklung unserer Republik dienen", sagte Puschilin.

De.sputniknews.com: Demonstranten in Lwiw haben eine Protestaktion abgehalten, in der sie einen Sonderstatus für Galizien (Gebiet Lwiw, Westukraine) forderten und auf einer besonderen Zoll- und Tarifpolitik für die Region bestanden, berichtet die ukrainische Nachrichtensite dialog.ua am Samstag.

Die Protestaktion fand am Samstag in der Nähe der staatlichen Gebietsverwaltung statt. Die Protestierenden hielten Transparente mit den Aufschriften "Poroschenko hat sein Volk verraten", "Wir wollen die Diebe in Kiew nicht füttern", "Steuern für die Bedürfnisse der Lwiw-Region" und "Sonderstatus für Galizien – tatsächliche Autonomie für die Lwiw-Region". "In einer Zeit, wo eine Verfassungsreform angekündigt wird, wollen die Bewohner von Galizien nicht Bürger zweiter Klasse in ihrem eigenen Land sein. Das Geld, das rechtmäßig den Arbeitnehmern und Rentnern unserer Region gehört, verschwindet in den Taschen der diebischen Beamten Kiews. Deshalb fordern wir im Rahmen der Verfassungsreform eine wirkliche Autonomie für die Region Lwiw", sagte der Veranstalter der Aktion, Danilo Powidalchik.

Die Demonstranten forderten unter anderem eine separate Zoll- und Tarifpolitik für Galizien sowie eine Sonder-Außenhandelsfreiheit mit der EU.

Ihre Resolution übergaben sie dem Leiter der örtlichen Staatsverwaltung.

## **Nachmittags:**

Dan-news.info: Der Volkssowjet der DVR hat heute in einer außerordentlichen Plenarsitzung mit der den Gesetzesentwurf "Über die Einführung von Änderungen in das Gesetz vom 24.12.2014 "Über örtliche Wahlen" erörtert.

Wie bekannt wurde, wurde das normative Dokument vom Vorsitzenden des Volkssowjets Andrej Purgin selbst ausgearbeitet. In den nächsten Minuten wird er das Dokument den Abgeordneten vorstellen.

In den Erklärungen zu dem Dokument heißt es, dass die Änderungen in Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Realisierung des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vom 12.2.15 und des Protokolls zu den Ergebnissen der Konsultationen der dreiseitigen Kontaktgruppe vom 5.9.14 erfolgen, die die Durchführung von örtlichen Wahlen unter Berücksichtigung eines besonderen Status des Donbass vorsehen.

Im Ganzen enthält der Text 9 Änderungen. Eine von ihnen betrifft direkt das Datum der Durchführung der Wahlen. "Die ersten Wahlen von Abgeordneten der örtlichen Sowjets und (oder) örtlichen Oberhäupter werden nach Entscheidung des Oberhaupt der DVR durchgeführt, in dem unter anderem der Tag der Durchführung der Wahlen und das Gebiet, auf denen sie durchgeführt werden, festgelegt wird", heißt es in dem Gesetzesentwurf.

Dan-news.info: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin

"Heute um 4:20 wurden die Einwohner von Krasnogorowka, das sich an der Kontaktlinie befindet, Zeugen, wie Einheiten der ukrainischen Streitkräfte mit vier schweren Artilleriegeschützen in verbrecherischer Weise den Kiewskij-Bezirk von Donezk beschossen."

Nach den Worten Basurins sucht die Aufklärung der Milizen der DVR aufmerksam nach Verlagerungen von schwerer Technik und Personal der ukrainischen Streitkräfte. "In Troizkoje, 14 km von der Kontaktlinie, wurden zwei SAU-Artilleriegeschütze entdeckt. In Progress 27 km von der Kontaktlinie wurden 6 Artilleriesystem SAU "Giazint" entdeckt, fügte

### er hinzu.

Wie der stellvertretende Kommandeur mitteilte, sind alle schweren Waffen unmittelbar in den Ortschaften stationiert. "Die Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte verstecken sich zum Schutz hinter dem Rücken der Zivilbevölkerung und Infrastrukturobjekten", unterstrich Basurin.

De.sputniknews.com: Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko und der niederländische Premier Mark Rutte haben sich darauf geeinigt, ihre Handlungen beim Vorantreiben des Resolutionsentwurfs über die Bildung eines Tribunals zum MH17-Absturz im Rahmen des UN-Sicherheitsrates zu koordinieren. Das berichtete die Webseite des ukrainischen Staatschefs am Freitag.

Laut der Mitteilung haben Poroschenko und Rutte den Gang der Ermittlungen zur Katastrophe der malaysischen Boeing erörtert und sich darauf verständigt, alle notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der gemeinsamen Initiative von Australien, Belgien, Malaysia, der Niederlande und der Ukraine zur Etablierung des internationalen Tribunals zu treffen. Es wurde vereinbart, "die Außenminister der fünf Länder zu beauftragen, gemeinsame Schritte zum Vorantreiben des Resolutionsentwurfs und zur Bildung des Tribunals im Rahmen des UN-Sicherheitsrates miteinander abzustimmen".

Der Resolutionsentwurf zur Bildung des UN-Tribunals war von Malaysia unterbreitet worden. Der Termin für die Behandlung des Dokumentes steht noch nicht fest...

Dan-news.info: Die Abgeordneten des Volkssowjets der DVR haben heute in einer außerordentlichen Plenarsitzung in erster Lesung den Gesetzesentwurf "Über die Einführung von Änderungen in das Gesetz vom 24.12.2014 "Über örtliche Wahlen" angenommen. Für die Annahme des Gesetzesentwurfes stimmten 66 von 69 Anwesenden. Ein Abgeordneter stimmte dagegen, zwei enthielten sich.

Das Dokument ist auf die Realisierung des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015 und des Minsker Protokolls vom 5. September 2014 gerichtet, das die Durchführung von örtlichen Wahlen unter Berücksichtigung eines besonderen Status des Donbass vorsieht, heißt es in den Erklärungen zu dem Dokument. Insgesamt wurden 9 Änderungen in den Text eingefügt.

Eine von ihnen verbietet direkt ukrainischen Massenmedien die Teilnahme an Maßnahmen des Wahlprozesses in der DVR. "Massenmedien, die... an der Entfesselung von Zwietracht zwischen den Bürgern, der Verbreitung von Aufrufen zur Gewalt oder von offenkundig unzuverlässigen Informationen über die Situation in der DVR beteiligt sind, werden zur Teilnahme an Maßnahmen des Wahlprozesses nicht zugelassen", hießt es in dem Text. Besondere Aufmerksamkeit wird den Wahlbedingungen gewidmet. "Das Recht, bei der Durchführung von örtlichen Wahlen gewählt zu werden, haben alle rechtsfähigen Bürger der DVR, die am Tag der Durchführung der Wahlen das 18. Lebensjahr vollendet haben und die die letzten 10 Jahre auf den Territorien gelebt haben, auf denen die Wahlen durchgeführt werden", hießt es in dem Gesetzesentwurf.

Im Gespräch erinnerte der Sprecher des Volkssowjets Andrej Purgin daran, dass ein solches Herangehen weltweit verbreitete Praxis ist. "Ein Zensus wird bei örtlichen Wahlen auf der ganzen Welt verwendet – in Amerika, Frankreich, England, und sehr viele Länder haben Wahlbedingungen. Dies erlaubt es, die Interessen der Einwohner der Region besser zu vertreten", erklärte er.

Wir erinnern daran, dass bei den Wahlen zur Obersten Rada am 26. Oktober 2014 als Kandidaten für Abgeordnete aus den okkupierten Territorien massenhaft Einwohner aus Lwow und anderen Städten des Westens der Ukraine aufgestellt wurden.

Unter den Änderungen nimmt die Frage der Anwesenheit von ausländischen Beobachtern bei den Wahlen eine besonderen Platz ein. "Bei der Durchführung der Wahlen werden auch die Wahlstandards der OSZE berücksichtigt", wird in einem der Punkte des

Gesetzesentwurfs unterstrichen. In einem anderen wird direkt gesagt, dass unter den Beobachtern Vertreter des Büros für Demokratie und Menschenrechte der OSZE sein können

Der genaue Zeitpunkt für die Erörterung des Gesetzesentwurfs in zweiter, abschließender Lesung ist noch nicht bekannt. "Ich denke, dies kann bald sein, im August", teilte Purgin mit.

De.sputniknews.com: Die ukrainische Bewegung "Spilna sprawa" (Gemeinsame Sache) hat den Vorschlag der extrem nationalistischen Organisation "Rechter Sektor", an einer neuen Revolution in der Ukraine teilzunehmen, abgelehnt. Das teilte der Koordinator der Bewegung und Ex-Berater des ukrainischen Verteidigungsministers, Alexander Daniljuk, auf Facebook mit.

"Eines der führenden Mitglieder des 'Rechter Sektors' hat der Organisation vorgeschlagen, an einer neuen Revolution teilzunehmen. Wir haben dies abgelehnt", schrieb Daniljuk. Die Bewegung habe viele Fragen an den jetzigen Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, möchte jedoch nicht, dass Poroschenko durch (Igor) Kolomoiski (Großunternehmer und Ex-Gouverneur von Dnipropetrowsk) ersetzt werde, so Daniljuk. "Es wäre besser, bis Herbst abzuwarten und (Premier) Jazenjuk gegen Saakaschwili (Georgiens Ex-Präsident und Gouverneur von Odessa) zu tauschen", so Daniljuk.

"Spilna Sprawa" hatte an der Revolution in der Ukraine aktiv teilgenommen und im Januar 2014 mehrere Ministeriumsgebäude in Kiew besetzt.

"Rechter Sektor" ist eine Vereinigung rechtsradikaler und nationalistischer Gruppen. Im Januar und Februar 2014 hatten Kämpfer des "Rechten Sektors" an gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und der Erstürmung von Regierungsgebäuden in Kiew und seit April 2015 an der Unterdrückung der Proteste in der Ostukraine teilgenommen.



http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30334/23/303342344.jpg

Dnr-online.ru: Heute fand in Donezk eine gemeinsame Pressekonferenz des Oberhaupts der DVR Alexandr Sachartschenko, des stellvertretenden Vorsitzenden des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin und des stellvertretenden Vorsitzenden des Volkssowjets der LVR Wladislaw Dejnego statt.

"In erste Linie will ich mich an das ukrainische Volk wenden. Die anhaltenden Beschüsse auf das Territorium der DVR und der LVR führen zu einer Vielzahl von Opfern unter der friedlichen Bevölkerung, sie führen auch zu Opfern unter den Soldaten der Ukraine. Ich will die ukrainische Regierung daran erinnern, dass auf dem letzten Treffen in Minsk, auf dem ich persönlich anwesend war, die Frage des Abzugs von schweren Waffen von der

Abgrenzungslinie aufgeworfen wurde. In diesem Moment hat das offizielle Kiew diesen Vorschlag abgelehnt. Ich will mich an die ukrainischen Soldaten werden, die jetzt in den Schützengräben sitzen. Ich kann Sie nicht Freunde nennen, aber als Gegner kann ich das Folgende sagen: Sie wissen sehr gut, welche Verluste Sie zur Zeit erleiden. Zur Zeit wurde allen Truppen der DVR der deutliche Befehl gegeben, dass jede Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Armee bestraft werden muss. Jeder Schuss in Richtung unseres Landes, Häuser, Familien und Kinder erhält die verdiente Strafe. Bei Bestrafung habe ich den Tod der Menschen im Block, die auf uns schießen. Auch möchte ich das Folgende sagen. Wir verstehen sehr gut, dass die Minsker Vereinbarungen in eine Sackgasse laufen. Noch einmal wende ich mich an die Oberhäupter der europäischen Staaten, an den Präsidenten der USA, den Präsidenten der RF und möchte sagen: wir bestehen darauf, dass die Minsker Vereinbarungen die einzige Lösung des Konflikts auf friedlichem Weg sind. Dies ist die Möglichkeit, mit der wir das zeitweise okkupierte Land dem Gegner abnehmen können und dabei großes Blutvergießen vermeiden können. Wir bitten Sie, dies Petr Poroschenko zu erklären. Jetzt sind wir bereit alle Maßnahmen zu erörtern, die es uns erlauben, einen festen Friedens auf dem Territorium der gesamten DVR zu errichten, in den Grenzen des ehemaligen Donezker Oblast", erklärte das Oberhaupt der Republik Alexandr Sachartschenko.

Der stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets der LVR Wladislaw Dejnego unterstützt Alexandr Sachartschenko und fügte hinzu:

"Die LVR unterstützt vollständig die Initiative der DVR hinsichtlich einer schnellstmöglichen Normalisierung der Situation im Donbass. Von unserer Seite sind wir auch bereit, alle von den Minsker Vereinbarungen vorgesehenen Schritte zur Stabilisierung der Situation im Donbass zu unternehmen. Ich bin bereit, jedes Wort von Alexandr Sachartschenko zu unterschreiben".

Der stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin sagte: "Minsk ist tatsächlich die alternativlose Quelle einer friedlichen Regelung der Frage und natürlich sind von unserer Seite schon mehrfach einseitige Schritte unternommen worden, um unsere Friedensinitiativen zu zeigen. Leider findet die ukrainische Seite nicht die Kraft und Möglichkeiten auf diese Schritte zu antworten. Das offizielle Kiew imitiert weiterhin die Erfüllung vieler Punkte der Minsker Vereinbarungen und des Maßnahmekomplexes. Wir unsererseits sind von unseren Positionen überzeugt, von den Möglichkeiten der Armee der DVR, unser Territorium zu verteidigen. Aber unmittelbar jetzt sind wir zu einer Reihe von Schritten bereit, um unsere Friedensinitiativen zu zeigen. Wenn wir jetzt zu einer möglichst schnellen Unterzeichnung einer Übereinkunft über einen Abzug von Waffen unter 100 mm kommen können, wird man dies einen großen Erfolg nennen können. Während der letzten drei Monate fanden heftige Diskussionen zu diesem Dokument statt. Zurzeit gehen wir auf eine abschließende Variante einer Übereinkunft zu, es bleiben nur die letzten Details für eine Unterzeichnung abzustimmen. Und im letzten Moment findet die ukrainische Seite irgendwelche Gründe, Haken und neue Interpretationen einzelner Punkte, damit der Prozess in eine Sackgasse läuft. Wir haben ausreichend Schritte getan, wir sind bereit, ihnen Schritte entgegen zu gehen, aber das muss auf beiden Seiten geschehen. Ich hoffe sehr, dass in Minsk darauf gehört wird und die Absprache unterzeichnet wird."

Dan-news.info: Erklärung der DVR und der LVR zum Abzug von Waffen auf 3 km von der Kontaktlinie

Trotz der lauten Erklärungen über die Unterstützung einer friedlichen Lösung des Konflikts im Donbass demonstriert Kiew in der Praxis die Unfähigkeit seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Alle von uns vorgeschlagenen Initiativen zur Deeskalation der Lage an der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen festgelegt sind, werden heute von der ukrainischen Seite ignoriert.

Das letzte Beispiel ist der kürzlich auf eigene Initiative erfolgte Abzug der bewaffneten Abteilungen der DVR aus Schirokino, obwohl die ukrainische Seite dort auf den von ihr

eingenommen Positionen geblieben ist.

Um die Treue zu den Minsker Vereinbarungen zu demonstrieren, sind wir bereit einen nächsten Schritt zum Frieden zu tun.

Dazu ziehen wir unsre Abteilungen mit Panzern und Panzertechnik, die mit Waffen eines Kalibers unter 100 mm ausgerüstet sind, auf einen Abstand von mindestens 3 km von der Kontaktlinie zurück.

Ich sage, dass wir bereit sind, dies an der gesamten Front mit Ausnahme problematischer Teilstücke zu tun.

Zurzeit sind dies, wie Sie wissen, die Gebiete nördlich von Donezk und Debalzewo. Zusammen machen sie insgesamt 10-12 Prozent der Länge der Abgrenzungslinie aus. Bezüglich dieser Gebiete sind wir bereit einen Dialog über den Abzug von Technik und Waffen in jedem Format zu führen. Aber nur mit solchen Vertretern der ukrainischen Seite, die dafür über reale Macht und Vollmachten verfügen.

Die in der Lage sind, nicht nur zu reden, sondern auch eine Erfüllung der erreichten Vereinbarungen durch ihre Untergebenen durchzusetzen.

Alexandr Sachartschenko, Oberhaupt der DVR

Die Führung der LVR unterstützt die Initiative der DVR zur schnellstmöglichen Normalisierung der Lage im Donbass:

Von unserer Seite sind wir bereit, all unsere Kampftechnik und Artillerie eines Kalibers bis zu 100mm auf einen Abstand von mindestens 3km von der Kontaktlinie zurückzuziehen. Die einzige Ausnahme für uns ist das Gebiet der Ortschaft Stschastje, von wo wir erst nach der Erfüllung analoger Verpflichtungen der ukrainischen Seite an den anderen Teilstücken die restliche Technik und Bewaffnung abziehen.

Zur Vermeidung von Provokationen sind wir bereit, in dieses Gebiet Vertreter der OSZE-Mission zur Schaffung ständiger Beobachtungspunkte an dem genannten Teilstück einzuladen.

.Der offizielle Vertreter der LVR in der Kontaktgruppe, der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets der LVR Wladislaw Dejnego.

De.sputniknews.com: Die Gebietsbehörden von Charkiw haben erklärt, auf die Errichtung einer Mauer entlang der Grenze zu Russland vorbereitet zu sein. Die Nachrichtenagentur Ukrinform meldet, dass alle bodenrechtlichen Fragen an der Grenze zu Russland bereits geklärt seien.

Wie Igor Rainin, Gebietsgouverneur von Charkiw, mitteitle, sind alle vorbereitenden Arbeiten für das Projekt "Mauer" abgeschlossen. "Das soll keine Mauer im direkten Sinne des Wortes sein. Es handelt sich um einen Komplex von Anlagen – von Schutznetzen bis zu ingenieurtechnischen Anlagen, etwa Panzergräben", so Rainin.

Zuvor hatte der Gebietsgouverneur mitgeteilt, dass die für die Umsetzung des Projektes "Europäischer Schutzwall" erforderliche Geldsumme nicht vorhanden sei.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte schon 2014 einen Plan zur Errichtung eines modernen Anlagenkomplexes an der Grenze zu Russland angekündigt. Anfang April hatte der ukrainische Grenzschutz mit der Errichtung der Mauer entlang der ukrainischrussischen Grenze begonnen. Wie der ukrainische Premier Arseni Jazenjuk im September geäußert hatte, soll es eine Mauer nach dem Berliner Vorbild sein. "Nur so wird eine echte Staatsgrenze entstehen", betonte er damals.

Das Projekt erhielt zunächst den Namen "Mauer", später wurde allerdings vorgeschlagen, es in "Europäischer Schutzwall" umzubenennen.

An der Grenze sollen Panzergräben, 17 Meter hohe Beobachtungstürme sowie andere Beobachtungs-, Alarm- und Schießanlagen gebaut werden. Zudem ist geplant, Stützpunkte für den Grenzschutz zu errichten. Die Bauarbeiten sollen drei Jahre in Anspruch nehmen und nach Expertenschätzungen vier Milliarden US-Dollar kosten.



http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30302/42/303024293.jpg

Dan-news.info: Die Abgeordneten der DVR haben heute auf einer außerordentlichen Plenarsitzung des Volkssowjets eine "Zeitweilige Kommission zu Fragen der Zusammenarbeit bei der Aufdeckung von Bedrohungen der Staatssicherheit und der Interessen der DVR und ihrer Einwohner" gebildet. Das Dokument wurde einstimmig angenommen, die Initiative unterstützten alle 69 anwesenden Abgeordneten. "Die Kommission wird die Fragen der Beteiligung einzelner Personen an Strukturen erörtern, die unserem Staat Schaden zufügen", sagte der Abgeordnete des Volkssowjets, der Verfasser Gesetzesentwurf Andrej Miroschnitschenko (Fraktion "Swobodnyj Donbass"). Ich kann sagen, dass nicht einfach so ohne Gründe eine Hexenjagd durchgeführt werden wird". Das Ziel der Bildung ist die Kontrolle über aus der Ukraine oder anderen Territorien eintreffenden Personen, die unter dem Verdacht der Agententätigkeit oder der Zusammenarbeit mit Organisationen, die der Republik Schaden zufügen, stehen. "Zurzeit kommen sehr viele Menschen vom Territorium der Ukraine und anderen Orten in die DVR zurück. Und an vielen Orten findet Sabotage statt. Wir müssen in diese Richtung arbeiten, einer Aggression widerstehen, die gegen uns gerichtet ist", unterstrich der Abgeordnete.

Nach den Worten Miroschnitschenkos wird die Kommission mit dem Staatssicherheitsministerium, dem Innenministerium, der Generalstaatsanwaltschaft und dem Verteidigungsministerium zusammenarbeiten. Maßnahmen zur Aufdeckung von Agenten werden in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung der DVR ergriffen werden. "Alles im Rahmen der Gerichte und im Rahmen des Gesetzes. Welche Entscheidung ein Gericht fällt, so wird es sein. Dies kann eine administrative oder eine strafrechtliche Maßnahme sein", fasste er zusammen.

### Abends:

Lug-info.com: Die Einwohner von Lugansk, die vor einem Jahr in dem Lugansker Stadtteil Solnetschnyj starben, konnten sich nicht vorstellen, dass ihr Land sie erschießt. Dies erklärte auf einer Kundgebung zum Gedenken an die Getöteten die erste Stellvertreterin des Vorsitzenden des Volkssowjets der LVR Swetlana Gisaj.

Am 18. Juli 2014 wurden durch einen Beschuss von Lugansk durch die Kiewer Truppen an der Kreuzung im Wohngebiet Solnetschnyj acht Einwohner der Stadt getötet, zwei weitere starben im Krankenwagen auf dem Weg in Krankenhaus, einige Menschen wurden verletzt. Heute wurde an dem Ort der Tragödie ein Gedenkstein zur Erinnerung an die Toten eingeweiht und es fand eine Trauerkundgebung statt.

"Dies waren friedliche Menschen, die sich an diesem Ort befanden, die einfach in der Stadt waren, und sie konnten sich nicht vorstellen, dass ihr Land sie erschießt", sagte Gisaj. "Das, was vor einem Jahr an diesem Ort geschah, ist ein weiterer Beweis dafür, dass sie uns getötet haben, töten, drohen, einschüchtern, aber dass sie damit nichts erreichen", sagte sie. Nach ihren Worten darf man sein Volk nicht erschießen "einfach so – dafür, dass es freiheitsliebend ist und auf seinem Land leben will".

Die erste stellvertretende Vorsitzende des Parlaments der LVR sagte, dass dies eine schrecklich Tragödie nicht nur für die Republik, sondern für die ganze Welt ist. Nach ihrer Meinung muss die Weltgemeinschaft verstehen, dass die Kiewer Führung ein Übel ist, das sich bereits nicht nur im Osten der Ukraine, sondern auch im Westen "verbreitet".

"Dort beginnt das, was wir hatten, von Anfang an wollte man uns auf die Knie zwingen, das ist nicht gelungen und man ging weiter", sagte Gisaj.

"Ich denke, das ist ein schreckliches Übel, mit dem man sich nicht aussöhnen darf", fügte sie hinzu.

Gisaj unterstrich besonders, dass sie den normalen Einwohner der Ukraine nichts Böses wünscht, aber "der Regierung in der Ukraine nicht verzeihen kann".

Sie erinnerte daran, dass am 2. Juni bei einem Luftschlag auf das Gebäude der ehemaligen Lugansker Oblastverwaltung ihr Ehemann Alexandr Gisaj getötet wurde.

"Ja, er war ein großer Mensch, er befasste sich mit einer großen patriotischen Arbeit, aber er ging dort nur vorbei. Er kämpfte nicht, er starb nicht mit der Waffe in der Hand, er ging nur zusammen mit normalen Menschen", erzählte sie.

Nach den Worten Gisajs ist es bis jetzt schwer festzustellen, wie viele Menschen im letzten Sommer getötet und verletzt wurden, weil es jeden Tag Luftschläge und Artilleriebeschüsse in der ganzen Republik gab.

"Das darf nicht vergessen werden und es ist richtig, dass viele Menschen heute das Andenken der Toten ehren. Ich denke, wir werden nie vergessen und dies ist eine weitere schwere Lektion für unser Volk", sagte Gisaj.

Dnr-news.com: Donezk unter Beschuss. Getroffen wurden Wohnhäuser, Geschäfte und ein Krankenhaus. Es gibt Opfer.



news.com/uploads/posts/2015-07/1437244131\_ckn2naowsaaex0a.jpg https://youtu.be/3NtP099MCjM

Dan-news.info: Die ukrainischen Streitkräfte beschießen den zentralen Teil der Hauptstadt der DVR. Dies teilte heute der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin mit.

"Bisher gibt es Informationen über zwei Treffer in der Uliza Uniersitetskaja 75 und Uliza Schorsa 69 (ein fünfstöckiges Haus wurde getroffen)"

Genauere Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch eingeholt.

Dan-news.info: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

"In den letzten 24 Stunden haben wir 49 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von ukrainischer Seite festgestellt."

Nach den Worten Basurin nimmt die Zahl der Beschüsse mit schwerer Artillerie und Granatwerfern ständig zu.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 17 mal das Feuer mit schweren Waffen auf das Territorium der DVR eröffnet. Außerdem wurden 19 Granatbeschüsse und 9 Beschüsse unter Verwendung von Panzern und gepanzerter Militärtechnik festgestellt.

Basurin unterstrich, dass alle Informationen über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung durch die ukrainischen Truppen an das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination der Feuereinstellung übergeben wurden.

Die ukrainischen Truppen haben die einseitige Demilitarisierung Schirokinos von Seiten der DVR genutzt, um Territorien im Hinterland der Republik zu beschießen.

"Ich unterstreiche, wir haben in eigener Initiative von dort alle Abteilungen und Militärtechnik abgezogen. Kiew hat das gemeinsam mit den OSZE-Beobachtern gesehen und nichts getan".

Basurin unterstrich, dass "alle ukrainischen Truppen genau dort geblieben sind, wo sie sich befanden. "Nicht davon zu sprechen, dass sie jetzt von diesen Positionen unsere Ortschaften im Hinterland der DVR beschießen", sagte.

Der stellvertretende Kommandeur fügte hinzu, dass die Ereignisse der letzten Wochen ein weiteres Mal gezeigt haben, dass Kiew, trotz aller Erklärungen über die Einhaltung der Minsker Vereinbarungen, seine Verpflichtungen nicht erfüllt. "Mehr noch, wie auf der Pressekonferenz das Oberhaupt unserer Republik erklärt hat, lehnt die ukrainische Seite alle

unsere Friedensinitiativen zur Beendigung der sinnlosen Beschüsse ab. In der Folge sterben Menschen auf beiden Seiten und Ortschaften werden verwüstet."

Die Entscheidung der Regierungen der DVR und der LVR zum Abzug von Panzern und anderer Panzertechnik, die mit Waffen vom Kaliber unter 100mm versehen sind, auf 3km Abstand von der Kontaktlinie ist in Kraft getreten.

"Der Erlass ist schon an alle unsere Abteilungen entlang der Kontaktlinie ausgegeben worden. Einzelne Abteilungen beginnen mit dem Abzug auf Positionen im Hinterland beider Republiken buchstäblich in dieser Stunde", sagte er.

Basurin erinnerte daran, dass die Entscheidung heute von der LVR und der DVR einseitig getroffen wurde und von dem "unerschütterlichen Wunsch und Willen, Frieden im Donbass herzustellen" hervorgerufen ist.

Die Abteilungen der Milizen der DVR, die sich nördlich der Hauptstadt und der Stadt Debalzewo befinden, verlassen ihre Positionen zuletzt.

"Als letzte verlassen unsere Abteilungen ihre Positionen, die heute Positionen nördlich von Donezk und Debalzewo eingenommen haben. Dies ist nicht nur damit verbunden, dass heute dort die schwierigste Lage ist, sondern auch unter Berücksichtigung, dass Kiew praktisch die Kontrolle über die dort stationierten bewaffneten Banden verloren hat, die mit schweren Waffen ausgerüstet sind", sagte der stellvertretende Kommandeur.

Nach den Worten Bausrins ist es kein Geheimnis, dass die entlang der Abgrenzungslinie tätigen Kämpfer der ukrainischen Nationalisten selbst entscheiden, wo sie sich befinden und auch wohin, wann und womit sie schießen. Eine solche Situation ist heute auch in Stschastje (LVR) entstanden.

"Die Länge der Teilstücke, von wo unsere Streitkräfte und die Abteilungen der Lugansker Volksmiliz zuletzt abgezogen werden, machen etwa 10% der Abgrenzungslinie aus", fügte er hinzu.

Der Vertreter des Verteidigungsministeriums unterstrich, dass sobald sich Kiew bereit zeigt, Maßnahmen zur Demilitarisierung dieser Gebiete (Donezk und Debalzewo) zu unternehmen, die Milizen der DVR sofort ihre Kräfte und Mittel von dort abziehen werden. "Alle Entscheidungen, die heute von der Führung der DVR und der LVR über den Abzug von Truppen auf 3 km von der Abgrenzungslinie getroffen worden, sind nicht einfach Worte. Dies ist der nächste Schritt zum Frieden im Donbass", fasste der stellvertretende Kommandeur zusammen.

Das Verteidigungsministerium rief auch die Beobachtermission der OBSZE auf, ihre Vertreter zur Frontlinie zu schicken, um sich von der Realität des Abzugs der Truppen der beiden Republik zu überzeugen.

Dan-news.info: Die ukrainischen Streitkräfte haben den Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk beschossen. Es wurde das Krankenhaus Nr. 23 beschossen, berichtete der Leiter der Bezirksverwaltung Iwan Prichodko.

Die Umstände werden noch aufgeklärt.

Dan-news.info: Ein Einwohner von Donezk erlitt in der Folge des abendlichen Beschusses, der vor etwa einer Stunde begann, Splitterverletzungen, teilte der Leiter des Kujbyschischewskij-Bezirks Iwan Prichodko mit.

Der Verletzte wurde von einem Krankenwagen aufgenommen, über seinen Zustand ist nichts bekannt.

Dan-news.info: Die ukrainischen Streitkräfte beschießen massiv den privaten Sektor des Kujbyschewskij-Bezirks der Hauptstadt der DVR, teilte der Bezirksleiter Iwan Prichodko mit. "Es wurden drei direkte Treffer bekannt. Es wurden drei private Häuser zerstört."

Dan-news.info: In der Folge des Beschusses von Donezk durch ukrainische Truppen ist ein Teil des Kujbyschewskij-Bezirks, der Stadtteil Asotnyj, komplett vom Strom abgeschnitten, teilte der Bezirksleiter Iwan Prichodko mit.

Er fügte hinzu, dass Reparaturarbeiten an der Stromversorgung beginnen werden, sobald die Lage im Bezirk ruhiger wird.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben die Siedlung Swerdlowa im Tscherwonogwardejskij-Beirk von Makejeka beschossen, in der Folge wurde ein friedlicher Einwohner verletzt, teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Georgij Mutyk mit. Der Verletzte kam in das städtische Krankenhaus Nr. 2.

Mutyk erläuterte, dass die erlittenen Verletzungen das Leben des Makejewkers nicht bedrohen. In der Folge des Treffers wurden ein Wohnhaus und eine Gasleitung beschädigt. Brände wurden nicht festgestellt. "Vor Ort ist die Feuerwehr des Zivilschutzministeriums, eine Reparaturbrigade der Gaswerke. Die Situation ist unter Kontrolle", fügte er hinzu.

Dan-news.info: Ein Einwohner von Donezk wurde in der Folge des Beschusses durch die ukrainischen Streitkräfte im zentralen Teil der Stadt getötet, teilte der Pressedienst des Zivilschutzministeriums der DVR mit.

Auch wurde nach Information des Zivilschutzministeriums ein Arzt des Krankenhauses Nr. 23 verletzt.

Wir erinnern daran, dass die ukrainischen Streitkräfte gegen 20 Uhr mit dem Beschuss der Hauptstadt der DVR begonnen haben, derzeit sind in der Stadt immer noch Explosionen zu hören.

Dan-news.info: Ukrainische Straftruppen haben massiv das Feuer auf das Zentrum von Donezk eröffnet. Wie der Leiter des Kujbyschewskij-Bezirks der Hauptstadt der DVR Iwan Prichodko mitteilte, sind Explosionen auch nicht weit von Schulen erfolgt.

"Mindestens drei Granatgeschosse erfolgten in der Nähe der Grigorjewskaja-Schule auf dem Bogdan-Chmelnizkij-Prospekt."

Er fügte auch hinzu, dass eine Gasleitung mit einem Durchmesser von 108cm beschädigt wurde.

Novorossia.su: Der russische Außenminister Sergej Lawrow und der Außenminister der Ukraine Pavlo Klimkin erörterten in einem Telefongespräch die Frage der humanitären Hilfe für die Bewohner des Südostens der Ukraine und den Fortgang der Minsker Vereinbarungen. Dies wurde vom russischen Außenministerium berichtet. "Lawrow betonte die Notwendigkeit, Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verfassungsreform in der Ukraine anzugehen, mit dem besonderen Status des Donbass und den dortigen Kommunalwahlen, in strikter Übereinstimmung mit den Minsker Vereinbarungen - durch den direkten Dialog Kiews mit Donezk und Lugansk", hieß es in einer Erklärung auf der Website des russischen Ministeriums .



http://rusnext.ru/sites/default/files/lavrov-klimkin.jpg